

---

# **Der Kronstädter Aufstand: Resolution der Vollversammlung der Mannschaften der ersten und zweiten Brigade der Schlachtschiffe, 1. März 1921**

---

## **Zusammenfassung**

Die Resolution stellt das wichtigste Programmdokument des Kronstädter Aufstandes von 1921 – einer der bedeutendsten Volkserhebung in der Schlußphase des russischen Bürgerkriegs – dar. Seine Teilnehmer lehnten sich gegen das System des Kriegskommunismus und die bolschewistische Diktatur auf. Ihre Forderungen trugen einen deutlich sozialistischen Charakter. Soldaten und Matrosen, die die einzelnen Punkte der Resolution formulierten, wollten keine Wiederherstellung der vorrevolutionären Ordnung, waren gegenüber den rechten Parteien feindlich eingestellt und strebten den Erhalt der sowjetischen Gesellschaftsordnung an, jedoch ohne die Diktatur einer Partei. Die wirtschaftlichen Forderungen der Kronstädter nahmen die Neue Ökonomische Politik (N#P) von 1921-1929 vorweg und beeinflussten die Entscheidung der herrschenden Partei, nämlich Zugeständnisse gegenüber der Volksbewegung zu machen und den Kriegskommunismus aufzugeben.

## **Einführung**

Die sowjetische Historiographie folgte Lenins Bewertung des Kronstädter Aufstandes "als einer Erhebung des kleinbürgerlichen Elements gegen die Sowjetmacht". Ihre – wie nicht anders zu erwarten – äußerst kritischen Stellungnahmen zum Aufstand unterstützten die Version von den "weißen Generälen", die die Aufständischen anführten (Golinkov). Die westliche Historiographie sah den Aufstand als ein Sich-zur-Wehr-setzen gegen die bolschewistische Diktatur, wobei die Bewertung von einem "verhängnisvollen Ereignis" (E. Carr) bis hin zu einer "neuen Variante der Pariser Kommune" als Ansatz für eine Zukunftsgesellschaft (V. Voline) reichte. Alle Autoren machten darauf aufmerksam, daß die Arbeiterunruhen und die Matrosenerhebung im revolutionären Kronstadt dem Prestige des "Arbeiterstaates" einen vernichtenden Schlag versetzten und zum wichtigsten Faktor für den Übergang zur N#P wurden – ein Faktum, das auch Lenin anerkannte. Erst während der Perestrojka wurden die traditionellen Bewertungen des Aufstandes in der UdSSR einer radikalen Revision unterzogen. Die seitdem veröffentlichten Dokumente machten eine mehr oder weniger vollständige Rekonstruktion der Ereigniskette möglich, die zum Aufstand führte. Sie zeigte, daß Kronstadt, anders als bisher angenommen, keine "konterrevolutionäre", sondern eine demokratische Bewegung war. Die politischen Folgen dieser Neubewertung ließen nicht auf sich warten: 1993 wurden die Teilnehmer des Aufstandes auf einen Beschluß El'cins rehabilitiert. Doch liberale wie an der Großmacht orientierte kommunistische Historiker sind einig, daß der Aufstand keine Aussicht auf Erfolg hatte (Pavlju#enkov, Š#etinov). Was die Voraussetzungen und Trägerschichten betrifft, gehen die Meinungen der Forschung auseinander. Die einen Historiker unterstreichen den Einfluß, den die politischen Gruppierungen der Emigration auf den Verlauf der Ereignisse in Kronstadt hatten. Dabei übernehmen sie unkritisch die Sicht ihrer Quellen, die gleichfalls aus den Federn der Emigration stammen und ihre diesbezügliche Rolle aufbauschen. Der

überwiegende Teil der Forscher tendiert jedoch dazu, den Aufstand als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Politik des Kriegskommunismus zu bewerten; seinen unmittelbaren Anlaß sehen sie in den Nachrichten von Arbeiterunruhen und Bauernerhebungen, die Kronstadt auf Umwegen erreichten.

Der Kronstädter Aufstand bildete die Kulmination in der Schlußphase der russischen Revolution. Zu diesem Zeitpunkt richtete sich die Stoßkraft der antirevolutionären Bewegung gegen das System des Kriegskommunismus und die Diktatur der bolschewistischen Partei.

Im Vorfeld des Kronstädter Aufstandes fanden Arbeiterunruhen statt. Im Februar-März 1921 war in Rußland ein gewaltiger Anstieg der Streikbewegung zu verzeichnen, an deren Organisation sich sowohl parteilose Arbeiter als auch Mitglieder der sozialistischen Parteien beteiligten. Am 24. Februar 1921 gingen Arbeiter der Röhrenfabrik in Petrograd auf die Straße. Ihnen schlossen sich Arbeiter anderer Betriebe an. Es dauerte nicht lange, bis Soldaten und Matrosen unter den Demonstranten auftauchten. Die Menge befreite Arbeiter, die verhaftet worden waren, weil sie nicht "zur Arbeit" erschienen (wobei ihre Betriebe stillgelegt waren). In Anbetracht dieser Ereignisse ergriff das Petrograder Komitee der RKP(b) – die Unruhen wurden hier als "Meuterei in den Werken" bewertet – folgende Maßnahmen: Mitglieder sozialistischer Parteien (aus den Forderungen der Arbeiter waren Programmpunkte der Sozialrevolutionäre, der Menschewiki und der Anarchisten herauszuhören) wurden verhaftet, alle Massenversammlungen des Volkes, die ohne Erlaubnis offizieller Stellen stattfanden, wurden verboten und bewaffnete Einheiten, die aus Kommunisten rekrutiert wurden, jagten die Demonstranten auseinander, indem sie in die Luft schossen.

Die Nachricht von den Unruhen in Petrograd erreichte Kronstadt. Die Matrosen, von denen sich viele sehr wohl an den Kampf um die "Arbeitermacht" erinnerten, begannen, Versammlungen abzuhalten. Die Nachrichten von zu Hause, von den Schrecken der Getreidebeschaffung und dem ausgeübten Terror, verbanden sich mit den frischen Eindrücken der Arbeiter von den Ausschreitungen gegen den "Arbeiterstaat". Am 28. Februar verabschiedeten die Mannschaften der Schlachtschiffe "Petropavlovsk" und "Sevastopol" ein Papier, das der Resolution des Meetings am folgenden Tag zugrunde gelegt wurde.

Am 1. März fanden sich etwa 16 000 Kronstädter auf dem Jakornaja-Platz zu einem Meeting ein, das aus Anlaß des vierten Jahrestages der Februarrevolution stattfinden sollte. Zusammen mit anderen Anwesenden war auch das formelle sowjetische Staatsoberhaupt, der Vorsitzende des VCIK Michail Kalinin erschienen. Weder ihm noch der Führung der kommunistischen Organisation gelang es jedoch, die Situation zu ihren Gunsten umzudrehen. Die Resolution der Mannschaften der Linienschiffe wurde verlesen und mit der Mehrheit der Stimmen angenommen.

Die Resolution ging aus gemeinsamen Anstrengungen der Matrosen und Arbeiter hervor, die am Meeting teilnahmen. Ihre einzelnen Forderungen – sie wurden entweder von Matrosen auf den Schiffen vorformuliert oder von der anwesenden Menge herausgeschrieen – wurden vom Sekretär der Versammlung Perepelkin aufgeschrieben. Die entscheidende Rolle bei der Auswahl der Formulierungen spielten Matrosen, die eine gewisse Autorität besaßen, in erster Linie der spätere Vorsitzende des Militärischen Revolutionskomitees (VRK) S. Petri#enko, ein Schreiber vom "Petropavlovsk" und ehemaliger Bolschewik.

Die Resolution forderte die Aufhebung aller restriktiven Parteiorgane in der Armee sowie aller politischen und wirtschaftlichen Beschränkungen, die im Zusammenhang mit der Diktatur der Bolschewiki und dem Kriegskommunismus standen, wobei sie ein fast vollständiges Verzeichnis dieser Restriktionen und Beschränkungen

mitlieferten. An ihre Stelle sollten, wie die Meetingteilnehmer es formulierten, die lang ersehnten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Freiheiten treten, die die Bolschewiki seit langem versprochen, allen voran die Durchführung freier Wahlen zu den Sowjets und die Zulassung freier Wirtschaftstätigkeit. Doch dies war keine Versammlung der liberalen Intelligencija, sondern von revolutionären Matrosen. So sollte die Wahl- und Agitationsfreiheit künftig nur für linke sozialistische Parteien gelten (für Sozialrevolutionäre, Menschewiki und Anarchisten); die Freiheit für die wirtschaftliche Tätigkeit dagegen nur für soziale Schichten, die nicht von Lohnarbeit lebten. Die Resolution verlangte die Liquidierung der bolschewistischen Wirtschaftsdiktatur und der Privilegien für Kommunisten, Redefreiheit für die Linken Sozialrevolutionäre und Anarchisten (und nicht mehr), die Wiederherstellung anderer bürgerlicher Freiheiten, die Freilassung von verhafteten Sozialisten und die Überprüfung anderer Fälle. Am 3. März 1921 wurde der Text der Resolution in der "Izvestija" des Provisorischen Revolutionskomitees der Matrosen, Rotarmisten und Arbeiter veröffentlicht. Sie blieb das Hauptprogramm des Aufstandes, der in den kommenden Tagen und Wochen folgte.

Der Aufstand brach aus, nachdem die bolschewistische Führung die Teilnehmer der Kronstädter Aktionen außerhalb des Gesetzes stellte. Außer Matrosen, Soldaten und Arbeitern nahmen Angehörige so gut wie aller links-sozialistischen Parteien und Bewegungen – von ehemaligen Bolschewiki und Menschewiki-Internationalisten bis zu Anarchisten – am Aufstand teil. Über die wichtigsten Fragen wurde in der Delegiertenversammlung der Militäreinheiten und der Betriebe entschieden. Am 2. März wählte sie ein Militärisches Revolutionskomitee (VRK). Die Mehrheit seiner Mitglieder war parteilos, was nicht zu bedeuten hatte, daß dem VRK eine politische Ideologie fehlte. Der Großteil der Aufständischen optierte für die "Sowjetmacht ohne Diktatur der Kommunisten". Am 15. März 1921 wurde in der "Izvestija" des VRK der richtungsweisende Artikel "Die Macht den Sowjets, und nicht den Parteien!" veröffentlicht. Er fing mit einer scharfen Kritik an der bolschewistischen Diktatur an und ging dann zur Kritik an allen bestehenden Parteien über: "Und welche Partei auch immer an die Macht kommt", so war darin zu lesen, "sie wird unvermeidlich in die Rolle eines Diktators schlüpfen; denn wie radikal sozialistisch sie auch sein mag, wir werden immer mit programmatischen und taktischen Punkten konfrontiert, die nicht vom Leben formuliert wurden, sondern hinter den Wänden der Dienstzimmer entstanden sind. Die Sache steht noch schlechter, wenn nicht eine, sondern mehrere Parteien an der Macht sind." Der Artikel schloß mit der Forderung, der Werktätige solle "selbst die Macht in Form der frei gewählten Sowjets" übernehmen. In ihrer kritischen Zuspitzung richteten sich diese Worte nicht nur gegen die Bolschewiki, sondern auch gegen andere sozialistische und – in einem noch größeren Maße – nichtsozialistische Parteien. Dabei korrespondierten sie mit der Forderung einer "freien sowjetischen Gesellschaftsordnung", wie sie von Anarchisten aufgestellt wurde. Doch der Aufruf zu einer "Sowjetmacht ohne die Parteidiktatur" war kein Produkt anarchistischer Agitation. Er ging auf das Ideengut ehemaliger Bolschewiki zurück, die sich durch die Freiheitsparolen der Revolution angezogen fühlten, von der totalitären politischen Praxis der Bolschewiki jedoch enttäuscht waren. Die Führer des Aufstandes rechneten fest damit, daß es ihnen gelingen werde, jene breiten Arbeitermassen auf ihre Seite zu ziehen, die ihrerzeit den Bolschewiki gefolgt waren. Allen "ehrlichen Kommunisten" wurde – als Modell einer legalen Existenz unter der neuen Macht – die Opposition angeboten. Für den Fall, daß sich die Bewegung auf ganz Rußland ausweitete, hätte dies den Widerstand seitens einfacher Kommunisten schwächen sollen, die Angst vor Racheaktionen der Sieger nach dem Sturz der kommunistischen Diktatur hatten. Die Kronstädter Bolschewiki, die nicht verhaftet

wurden und ihre Tätigkeit fortsetzten, haben diese Spielregel formal akzeptiert. Den Aufständischen kam es darauf an, die proletarischen Massen nicht durch die "weißgardistische" Forderung nach einer Konstituierenden Versammlung abzustößen, und sich nicht durch Kontakte mit dem "Imperialismus", d.h. mit politischen Mächten außerhalb Sowjetrußlands, in Mißkredit zu bringen. Deshalb wurde der Vorschlag der militärischen Hilfe, den der in Revel' eingetroffene #ernov in seiner Funktion als Vorsitzender der Konstituierenden Versammlung machte, zumindest vorläufig abgelehnt. Kronstadt setzte die "Sache des Oktobers" fort und trug den Stimmungen der Arbeiter und Soldaten Rechnung, die sich nicht nur der bolschewistischen Diktatur, sondern auch jeder Restauration, jeder Rückkehr zum Alten widersetzen, die die im Namen der Revolution gebrachten Opfer entwertete. Diese halbbolschewistischen Stimmungen der Arbeiter und Matrosen bestimmten die Parolen und die Taktik des Aufstandes. Darin bestand zugleich die Chance auf einen Erfolg in Petrograd für den Fall, daß die revolutionäre Flotte dorthin verlegt werden sollte.

Die Situation war unbestimmt. In Petrograd und anderen Großstädten fanden große Streiks statt. Die Arbeiter erklärten ihre Unterstützung für Kronstadt, und mancherorts – unter dem Einfluß sozialrevolutionärer Agitation – auch für die Konstituierende Versammlung. Die Ausweitung der Bewegung auf Petrograd, die – sobald das Eis am Finnischen Meeresbußen gebrochen war – unvermeidlich gewesen wäre, hätte zu einer grundlegenden Veränderung der Situation im Lande führen können. Die Aufständischen rechneten damit, daß die Offensive der Bauernarmeen von Machno und Antonov ihnen zu Hilfe kommen würde. Selbstverständlich hätten die Führer des Aufstandes im Falle seines Erfolgs die Führung in der antibolschewistischen Bewegung verloren und wären nur zu einer – allem Anschein nach linken – Strömung der "Dritten Revolution" geworden.

Die Führung in Moskau schickte Truppen der Roten Armee nach Kronstadt; unter ihnen befanden sich auch oppositionell gestimmte Delegierte des X. Parteitages der RKP(b), die nun Auge in Auge mit ihren Gesinnungsgenossen standen. Die erste Offensive der Roten wurde von den Aufständischen erfolgreich zurückgeschlagen. Am 18. März 1921 war es jedoch den Einheiten unter Führung von Tucha#evskij gelungen, in die Stadt einzudringen. Der Kronstädter Aufstand wurde zerschlagen.

In der Zeit zwischen der Zerschlagung des Aufstandes und dem Beginn der Perestrojka wurde der Text ihrer Resolution nur in Berlin neu aufgelegt. In der UdSSR nahmen 1989 die Samizdat-Zeitschrift "Obš#ina" und 1994 die historische Fachzeitschrift "Voprosy istorii" die Veröffentlichung vor.

Aleksandr Šubin

(Übersetzung aus dem Russ. von L. Antipow)

## **Quellen- und Literaturhinweise**

Avrich, P., Kronstadt 1921, Princeton 1991.

Carr, E., Die Russische Revolution. Lenin und Stalin 1917-1929, Stuttgart 1980 (russ.: Karr, #., Russkaja revoljucija. Ot Lenina do Stalina. 1917-1929, Moskau 1990).

Getzler, I., Kronstadt 1917-1921. The Fate of a Soviet Democracy, Cambridge u.a. 1983.

Kronštadt 1921. Dokumenty, Moskau 1997.

Pavlju#enkov, S., Voennyj kommunizm v Rossii. Vlast' i massy, Moskau 1997.

Pavlju#enkov, S., "Voennyj kommunizm – v plenu bol'shevistskoj doktriny", in: Istori#eskie issledovanija v Rossii. Tendencii poslednich let, Moskau 1996, S. 222-238.

Piterskie rabo#ie i diktatura proletariata. Oktjabr' 1917 g. – 1929 g., Sankt-Petersburg 2000.

Š#etinov, Ju., "Za kulisami Kronštadskogo vosstanija 1921g.", in: Vestnik Moskovskogo Universiteta, serija: Istorija, 1995, Nr. 2, S. 3-23; Nr. 3, S. 22-44.

Šubin, A., "Socialisty v Rossijskoj revoljucii. 1917-1921 gg.", in: Karlo Roselli i levye v Evrope, Moskau 1999, S. 91-127.

Volin, V., Der Aufstand von Kronstadt. Nachdruck der Originalausgabe von 1976, Münster 1999.

## **Quellentext deutsch**

1. März 1921

### **RESOLUTION**

der Vollversammlung der Mannschaften der ersten und zweiten Brigade der Schlachtschiffe, die am 1. März 1921 stattfand.

Nachdem wir den Bericht der Vertreter der Mannschaften gehört haben, die von der Vollversammlung der Schiffsmannschaften nach Petrograd entsandt worden waren, um sich über die Lage in Petrograd Klarheit zu verschaffen,

**HABEN WIR BESCHLOSSEN:**

1. Angesichts der Tatsache, daß die bestehenden Sowjets nicht den Willen der Arbeiter und Bauern zum Ausdruck bringen, unverzüglich Neuwahlen zu den Sowjets unter den Bedingungen geheimer Stimmabgabe und freier vorhergehender Wahlagitation für alle Arbeiter und Bauern durchzuführen.

2. Rede- und Pressefreiheit für Arbeiter und Bauern, Anarchisten und linke sozialistische Parteien.

3. Versammlungsfreiheit, Freiheit der Gewerkschaften und Bauernvereinigungen.

4. Spätestens bis zum 10. März 1921 eine nichtparteigebundene Konferenz von Arbeitern, Rotarmisten und Matrosen aus den Städten Petrograd und Kronstadt sowie aus dem Petrograder Gouvernement einzuberufen.

5. Alle politischen Gefangenen, die sozialistischen Parteien angehören, zu befreien ebenso wie alle Arbeiter und Bauern, Rotarmisten und Matrosen, die in Verbindung mit Arbeiter- und Bauernbewegungen eingesperrt wurden.

6. Eine Kommission zur Überprüfung der Prozeßakten aller in Gefängnissen und Konzentrationslagern Eingeschlossenen zu wählen.

7. Alle **POLITISCHEN ABTEILUNGEN** abzuschaffen, da nicht eine einzige Partei Privilegien für die Propagierung ihrer Ideen beanspruchen und vom Staat zu diesem Zweck Geld erhalten darf. An ihre Stelle sollen von den örtlichen Organisationen gewählte Kultur- und Bildungskommissionen treten, für die Mittel vom Staat bewilligt werden müssen.

8. Unverzüglich alle Kontrollabteilungen abzuschaffen.

9. Gleiche Lebensmittelrationen für alle Werktätigen mit Ausnahme derjenigen in gesundheitsschädlichen Berufen.

10. Die kommunistischen Kampfgruppen in allen Truppeneinheiten sowie auch die verschiedenen kommunistischen Aufsichtsdienste in den Fabriken und Betrieben aufzulösen.

11. Den Bauern das volle Recht zu geben, über ihr ganzes Land so zu verfügen, wie sie es wünschen, und auch Vieh zu besitzen, sofern sie es mit eigenen Kräften halten, d.h. sich keiner Lohnarbeit bedienen.

12. Wir bitten alle Truppeneinheiten sowie die Genossen Militärkadetten sich unserer Resolution anzuschließen.

13. Wir verlangen, daß alle Resolutionen durch die Presse breit bekannt gegeben werden.

14. Ein mobiles Büro mit Kontrollbefugnissen zu ernennen.

15. Freie handwerkliche Produktion auf der Basis von eigener Hände Arbeit zu gestatten.

Die Resolution wurde von der Brigadeversammlung einstimmig bei zwei Enthaltungen angenommen.

Vorsitzender der Brigadeversammlung Petri#enko.

Sekretär Perepelkin.

Die Resolution wurde von der überwiegenden Mehrheit der gesamten Kronstädter Garnison angenommen.

Die Resolution wurde auf dem Stadtmeeting, am 1. März, in Anwesenheit von ca. 16.000 Bürgern verkündet und einstimmig angenommen.

Vorsitzender des Kronstädter Exekutivkomitees Vasil'ev.

Zusammen mit Genossen Kalinin stimmen Vasil'ev und Kommissar der Baltischen Flotte Kuz'min gegen die Resolution.

Rev. Übersetzung hier nach: Altrichter, H., Haumann, H. (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 2: Wirtschaft und Gesellschaft, München 1987, S. 126f.

## **Faksimile**

Die 2 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: RGASPI, f. 17, op. 84, d. 229, l. 18. Flugblatt.

© Faksimile. Federal'naja Archivnaja Služba Rossii. Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-politi#eskoj istorii (RGASPI). Moskau. 2003.

---

Quelle: [http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok\\_0011\\_kro.pdf](http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0011_kro.pdf)

Datum: 16. September 2011 um 22:45:51 Uhr CEST.

© BSB München

---